

Früher gut. Heute gut.

Verbringe Deine Zeit nicht mit der Suche nach einem Hindernis vielleicht ist keines da.

Empfehlung der Woche

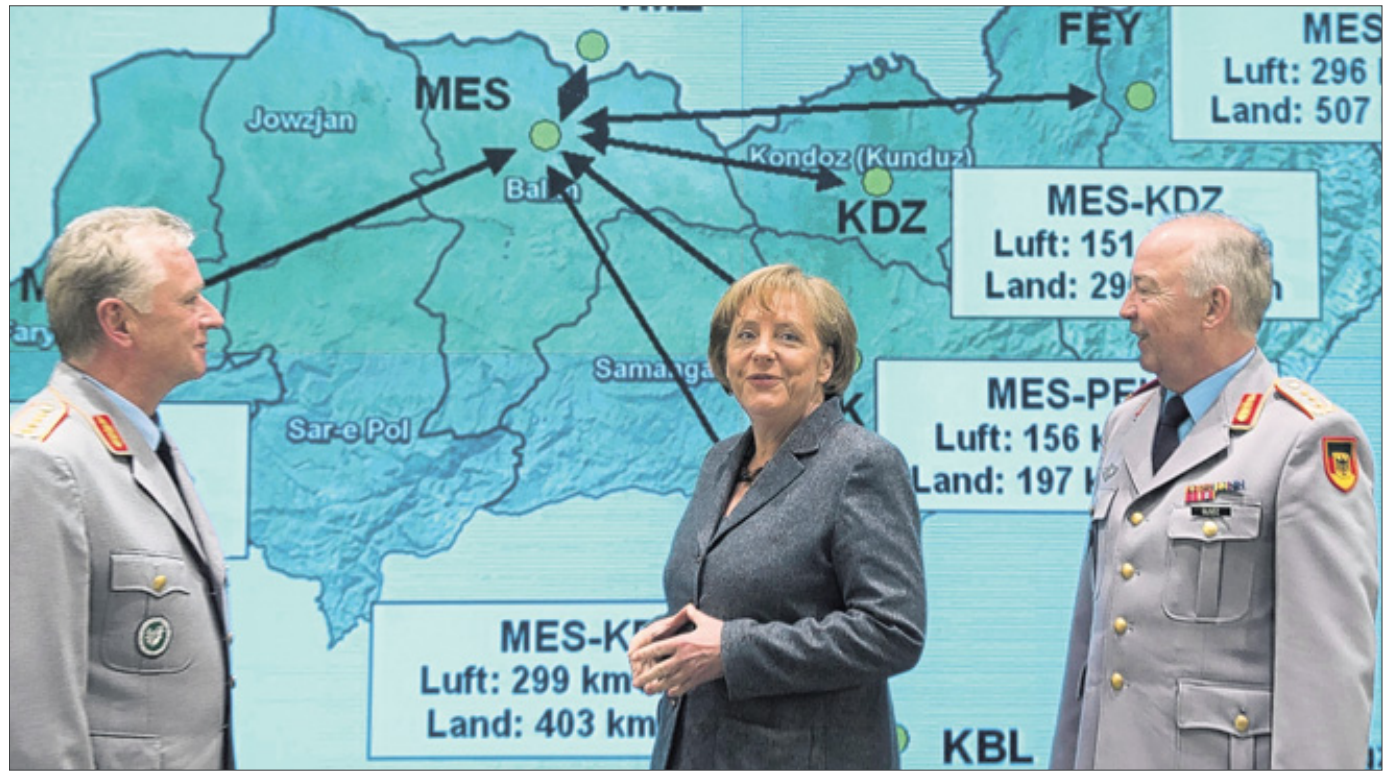
100g Kotelett magere Lummerkotelett 0.65 Euro	100g Webergriller Bratwurst ohne Haut 0.95 Euro
100g Kochschinken traditionell hergestellt 1.35 Euro	500g Gyros pfannenfertig gewürzt 4.95 Euro
Ring Fleischwurst eigene Herstellung 3.20 Euro	1St. Mettwurst täglich frisch geraucht 0.90 Euro

Bald ist Spargelzeit
wir bieten Ihnen zu Ihrem Spargel traditionelle Schinkenwaren und fettfrei zugeschnittenes Kalbfleisch.

WEBER Röntgenstraße 21
57078 Siegen- Geisweid
Tel. 0271.81126
www.fleischerei-weber.de

Offenbar keine neue Qualität

Berlin. Die Bundeswehr tritt in ihrem vorläufigen Abschlussbericht zu den Vorgängen über die Gefechte bei Kundus vom Karfreitag, bei denen drei Bundeswehrsoldaten ums Leben kamen und acht verletzt wurden, Vermutungen über eine „neue Qualität“ der Taliban-Angriffe entgegen. Nach dem Bericht einer Zeitung, der sich auf wesentliche Inhalte des Berichtes bezieht, hätten sich weder Maßnahmen über tschetschenische Scharfschützen an der Seite der Taliban, noch Berichte über stundenlang medizinisch unversorgt gebliebene Bundeswehrsoldaten oder Hinweise auf qualitativ neuartige Sprengstoff-Angriffe auf den Bundeswehrkonvoi bestätigt. Entsprechende Informationen kursierten seit Tagen, auch in Kreisen des Bundeswehr-Feldlagers bei Kundus. (ddp)



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) besuchte gestern das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow bei Potsdam. Neben ihr zu sehen sind der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos, Generalleutnant Rainer Glatz (r.), sowie Generalinspekteur Volker Wieker vor einer Landkarte Afghanistans, auf der die Flug- und Fahrzeiten zwischen den Einsatzorten aufgezeichnet sind. Foto: ddp

Merkel sauer über Kritik

Bundeskanzlerin ärgert sich über „inkompetente“ Äußerungen der letzten Tage

Keine Gnade für Hogefeld

Berlin. Die Bundesanwaltschaft hat sich nach Medieninformationen gegen eine Begnadigung der früheren RAF-Terroristin Birgit Hogefeld durch den Bundespräsidenten ausgesprochen. In einer Stellungnahme lehnen danach die Karlsruher Bundesanwälte, die unter anderem Hogefelds ehemalige Richter und den Leiter ihres Gefängnisses befragt hätten, eine vorzeitige Entlassung strikt ab. Die 53-Jährige war von 1984 bis 1993 eine Führungsfigur der Roten Armee Fraktion und wurde unter anderem wegen dreifachen Mordes 1996 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Seit Herbst befindet sie sich im offenen Vollzug und verbringt ihren „Freigang“ als Verlagsvolontärin. Regelmäßig würde ihre Haftzeit im Juni 2011 enden. (ddp)

Potsdam. Nach den Anschlägen auf die Bundeswehr in Afghanistan weist Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die anhaltende Kritik an Ausbildung und Ausrüstung der deutschen Soldaten verärgert zu rück. „Von vielen Seiten ist leider viel Inkompetentes gesagt worden“, sagte Merkel gestern nach einem Besuch des Einsatzführungskommandos in Potsdam. Dort hatte sich die Kanzlerin bei Live-Schaltungen über die angespannte Lage im Norden Afghanistans informiert und aus erster Hand von betroffenen Soldaten über die Kämpfe berichten lassen. Mit einem klaren Nein reagierte der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos, Generalleutnant Rainer Glatz, auf jüngste Forderungen nach Ver-

legung von Kampfpanzern. Dies hatte der designierte Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP), ins Spiel gebracht. Er hatte gefordert, zum besseren Schutz der Soldaten erstmals auch den schweren Kampfpanzer „Leopard 2“ in Kundus einzusetzen. Glatz wies darauf hin, dass die örtlichen Gegebenheiten in Afghanistan kaum einen Einsatz der rund 60 Tonnen schweren Panzer zuließen. Angesichts der unzureichenden Tragfähigkeiten der dortigen Brücken könne er den Sinn eines solchen Einsatzes „beim besten Willen nicht erkennen“. Glatz unterstrich, die Bundeswehr habe sich in Ausbildung und Ausrüstung bereits auf eine von den Taliban aufgezwungene asymmetrische

Kriegsführung eingestellt. Nach Angaben des Generals ist die Zahl der geschützten Fahrzeuge in den vergangenen Jahren bereits verdoppelt worden. Waren vor vier Jahren 490 solcher Fahrzeuge im Einsatz, so sind es jetzt bereits 970. Dieses Material werde den Erfordernissen angemessen weiter aufgestockt. „Wir haben immer aus den Veränderungen unsere Konsequenzen gezogen“, sagte Glatz mit Blick auf die verschärfte Sicherheitslage gerade im Raum Kundus. Merkel und Glatz nahm zugleich die Soldaten gegen Vorwürfe in Schutz, sie würden sich angesichts der zunehmenden Angriffe im Feldlager einigeln. „Es ist nicht richtig, dass sie sich ins Lager zurückziehen“, betonte die Kanzlerin. Ein

Hauptmann, der fünf Monate bei der Schnellen Eingreiftruppe QRF eingesetzt war, habe erzählt, dass er in dieser Zeit 96 Tage außerhalb des Camps unterwegs gewesen sei. Der Hauptmann habe in Kenntnis seiner Erfahrungen dann betont, dass die Truppe „so ausgerüstet ist, wie sie es vor Ort benötigt“. Erneut verteidigte Merkel die 2002 gestartete Mission. Am Hindukusch werde auch die Sicherheit Deutschlands verteidigt, sagte sie. Glatz fügte hinzu, ein schneller Abzug komme nicht in Frage. Hier werde „ein langer Atem“ benötigt, um die Verpflichtungen gegenüber Afghanistan und seiner Bevölkerung einzulösen. Daran werde auch die „gefährliche Situation“ für die Soldaten nichts ändern. (ddp)

11.00 bis 17.00 Uhr
Siegen, Weidenauer Str. 243
Kreuztal-Fellinghausen
Heesstraße 127

Alternativprogramm: Schausonntag

AUTOHAUS KELLER
KREUZTAL | OLPE | SIEGEN

Außerhalb der gesetzlichen Öffnungszeiten keine Beratung, kein Verkauf.

Skan-Kamin-Viebahn
Kaminöfen • Schornsteintechnik

DER UMWELT ZULIEBE

Koblenzer Straße 60
(gegenüber Koch's Ecke)
57072 Siegen
Tel. 0 271 / 2 34 29 56 Fax -7

Kaminöfen mit neuester Verbrennungstechnik.

CONTURA 510/520 T
SIE SPAREN €300

Öffnungszeiten:
Mo. geschlossen,
Di.-Fr. 10-13 Uhr und
15-18 Uhr, Do. bis 20 Uhr,
Sa. 10-14 Uhr
www.skan-kamin.de

Viele Ausstellungsöfen stark reduziert!

Küchenstudio der Extra-Klasse

PLANUNGSWOCHEN
50% auf alle frei geplanten Küchen
- inkl. Lieferung und Montage

Über 111 Jahre **Möbel-Nies**

57080 EISERFELD · Bühelstraße 14 P
Telefon (02 71) 3 58 11

Schnelles Dementi

Höhere Kassenbeiträge: „Spekulation“

Berlin. Das Gesundheits- und das Innenministerium haben einen Medienbericht dementiert, wonach die Bundesregierung erwägt, den Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung noch in diesem Jahr zu erhöhen. „Spekulationen über Beitragssatzerhöhungen sind völlig aus der Luft gegriffen“, sagte ein Sprecher von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) in Berlin. Ein Magazin hatte gemeldet, dass Innenminister Thomas de Maizière (CDU) bei der ersten Sitzung der eingesetzten Arbeitsgruppe zur Gesundheitsreform die Erhöhung ins Spiel gebracht habe. „Dieser Bericht ist falsch“, sagte ein Sprecher de Maizières der Nachrichtenagentur ddp. Das Magazin berief sich auf Teilnehmer des Treffens, das Mitte März stattfand. Man könne „diesen Schritt angesichts der Zahlen nicht mehr ausschließen“, verlautete demnach

aus Unions-Kreisen. Der Sprecher des Innenministeriums bestätigte, dass de Maizière an dem Treffen der Arbeitsgruppe teilnahm, bei der „alle Themen auf den Tisch kommen sollen“. Dies sei allerdings eine „Selbstverständlichkeit“. Pläne des Ministers zur Erhöhung des Beitragssatzes gebe es nicht. Aus dem Gesundheitsministerium hieß es, für dieses Jahr habe die Bundesregierung mit einem erhöhten Steuerzuschuss von 15,7 Mrd. Euro dafür gesorgt, die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren. Die Bundesregierung wolle zudem die Krankenkassenfinanzierung durch eine Reform des Systems robuster machen. Experten schätzen, dass die Krankenkassen 2011 auf ein Defizit von bis zu 15 Mrd. Euro zusteuern könnten, falls der derzeitige Beitragssatz von 14,9 Prozent nicht steigen wird. (ddp)

Kurz & bündig informiert

Übergriffe geschahen länger
Heppenheim. Der Frankfurter Opferanwalt Thorsten Kahl bekräftigt seinen Vorwurf, dass es an der hessischen Odenwaldschule noch bis in die jüngste Zeit zu Übergriffen gekommen ist. Ein Fall habe sich laut Kahl sogar „bis zur Mitte dieses Jahrzehnts“ hingezogen, berichtete ein Nachrichtenmagazin. Der betroffene Ex-Schüler wolle jedoch derzeit nicht die Staatsanwaltschaft einschalten, weil er unter dem Druck ehemaliger Mitschüler stehe, den Ruf der Schule nicht noch weiter zu beschädigen. Die Odenwaldschule selbst kündigte unterdessen eine Podiumsdiskussion zum Thema der sexuellen Übergriffe an der Schule an. (ddp)

Vorwürfe gegen Elite-Internat
Freiburg. Am Schwarzwälder Elite-Internat Birklehof soll es nach Informationen einer Zeitung sexuelle Übergriffe gegen Schüler gegeben haben, die möglicherweise noch nicht strafrechtlich verjährt sind. Die Staatsanwaltschaft Freiburg bestätigte demnach am Freitag, dass seit Ende März entsprechende Vorwürfe von Altschülern überprüft würden. „Es soll zu extremen körperlichen Übergriffen und auch zu sexuellen Übergriffen gekommen sein“, sagte ein Behördensprecher der Zeitung. Ein Teil der Vorwürfe richte sich gegen den Hinterzartener Allgemeinmediziner G., der fast 30 Jahre lang regelmäßig an der Schule praktiziert habe. Ein ehemaliger Birklehof-Schüler, der das Internat in den 90er Jahren besuchte, sagte der Zeitung: „Unter uns Schülern war es bekannt, dass der Arzt sich an Mädchen vergriffen hat.“ Der beschuldigte Arzt praktizierte an der Schule bis zur Pensionierung im Jahr 2004. (ddp)

Ermittler benennt Gräueltaten
München. Im Missbrauchsskandal um das Benediktinerinternat Kloster Ettal hat sich der Sonderermittler der Katholischen Kirche vom Ausmaß der ihm geschilderten Gewalt erschüttert gezeigt. „Es waren Berichte über so abartige Gräueltaten, dass ich nachts nicht einschlafen konnte“, sagte der Rechtsanwalt Thomas Pfister einem Nachrichtenmagazin. Die mutmaßlichen Opfer hätten von Prügel mit Skistöcken und von durch Schläge geplatzten Trommelfellen berichtet. Betroffene hätten weiter angegeben, dass sie lebendige Molche hätten essen müssen. Pfister glaubt dem Bericht zufolge nicht, dass niemand im Kloster von den Misshandlungen gewusst habe. (ddp)

Mehr Freiheit für Studenten

Universitäten in Nordrhein-Westfalen reagieren auf Proteste

Düsseldorf. In diesen Tagen beginnt in Nordrhein-Westfalen das erste Semester nach den Studentenprotesten. Viele Änderungen hatten die Universitätsleitungen in den vergangenen Monaten versprochen, um die Gemüter der Studenten zu beruhigen. Und tatsächlich wird zum neuen Sommersemester einiges anders sein, wie eine ddp-Umfrage unter nordrhein-westfälischen Universitäten ergeben hat. Manche Probleme lassen sich jedoch nicht so schnell lösen. An der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf sei den Dozenten empfohlen worden, auf Anwesenheitspflicht in ihren Veranstaltungen zu verzichten, sagt Ulrich von Alemann, Prorektor für Lehre und Studienqualität, und fügt hinzu: „Ich gehe davon aus, dass die Dozenten diesen Empfehlungen folgen.“ Zudem würden die Prüfungsbelastung und die Stofffülle in den einzelnen Fächern überprüft. Flächendeckende Ergebnisse gebe es hier aber noch nicht. Auch in Münster solle ab

dem Sommersemester die generelle Anwesenheitspflicht in vielen Veranstaltungen aufgehoben werden, berichtet Brigitte Nussbaum von der Pressestelle der dortigen Universität. Ansonsten sei zwar vieles in Planung, aber noch nicht umgesetzt. So seien viele Studiengänge weiterhin inhaltlich überfrachtet. Die Universität könne jedoch nicht einfach anordnen, dass die Stofffülle reduziert werde. „Da kann nur appelliert werden. Für die Studieninhalte sind aber die einzelnen Fachbereiche zuständig“, betont Nussbaum. Dass über die Stofffülle hinaus noch zahlreiche weitere Probleme bestehen, zeigt ein Internetportal, das die Universität eingerichtet hat, um weitere Missstände aufzudecken. „Seit Anfang März ist das Portal freigeschaltet und es enthält schon rund 100 Einträge“, berichtet Nussbaum. Diese würden nun abgearbeitet. In Dortmund soll es künftig möglich sein, bereits während des Bachelor-Studiums Veran-

staltungen zu besuchen, die später auf den Master angerechnet werden können. „So wird der Übergang erleichtert“, sagt der Pressesprecher der Universität, Ole Lünemann. „Bei uns wird geprüft, ob die Zahl der Prüfungen ab diesem Semester reduziert werden kann. Das heißt, dass nicht mehr jedes Modul zwangsläufig zum Beispiel mit einer Klausur abgeschlossen werden muss“, berichtet Patrick Honecker, der Pressesprecher der Universität Köln. Vielmehr könnte das Wissen der Studierenden beispielsweise mit einer Hausarbeit überprüft werden. „Da könnten sie sich die Zeit freier einteilen. Das ist manchen lieber, als vier, fünf Klausuren in einer Woche zu schreiben“, erläutert Honecker. Obwohl die Universität gewillt ist, auf die Wünsche der Studenten einzugehen – bei bestimmten Dingen müsse man Abstriche machen, sagt Honecker. Problematisch sei etwa der Zugang zum Master-Studium für alle. (ddp)

Impressum Sonntags-Anzeiger SWA

Herausgeber: Siegerländer Wochen-Anzeiger GmbH & Co. KG, Obergaben 39, 57072 Siegen, Telefon (02 71) 59 40 - 3 69, www.swa-wwa.de; Druck: Vorländer GmbH & Co. KG, Siegen; anzeigen@swa-wwa.de, redaktion@swa-wwa.de, vertrieb@swa-wwa.de

Redaktion: Nicole Klappert und Anja Weller – Tel. (02 71) 59 40 - 3 07 / 3 15; Tel. Anzeigenannahme (02 71) 59 40 - 3 33 verantwortlich für den Anzeigenteil: Elisabeth Trapp.

Geschäftsstellen: Siegen, Obergaben 39; Olpe, Mühlenstr. 3; Kreuztal, Marburger Str. 17; Bad Berleburg, Poststr. 34; Betzdorf, Decizer Str. 6.

Vertrieb: (02 71) 59 40 - 3 95. – Erscheint einmal wöchentlich. Anzeigenpreisliste Nr. 18 gültig.